Nummer 257

Berliner Börsen-Zeitung

Freitag, 5. Juni 1925.

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 70. Jahrgang.

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten. Der deutsche Beamte.

Für Manuskripte übernimmt unser Verlag keine Verantwortung | Reise- und Bäder-Beilage sowie „Welt und Wissen", tägliche Unterhaltungsbeilage mit Roman | Unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen

Verantwortl. Leiter Handelsteil: W. Funk, Berlin. Polit. Teil: i. V. Dr. R. Lögler, Berlin-Steglitz. Kunst, Wissenschaft und Lokales: S. Köppen, Berlin-Friedenau. Interessenten: O. Rongiewski, Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 6668; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12 352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,— Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5,— Rmk. Bezugspreis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im II. Quartal 1925 für Amerika 9 Dollar, Frankreich 175 französische Francs, Belgien 200 belgische Francs, Schweiz 50 schweizerische Francs, Holland 22,50 holländische Gulden, Dänemark 50 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 60 norwegische Kronen, England 40 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 70 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 350 tschechische Kronen, Brasilien 90 Milreis, Argentinien 26 Pesos, Serbien 925 Dinar; für den Monat Juni 925 nach Oesterreich, Ungarn, Polen 10,50 Rmk., Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 125 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

Kabinettsrat über die Kontrollnote.

Wie wir erfahren, findet am Freitag, den 5. d. M. 12 Uhr mittags unter Vorsitz des Herrn Reichspräsidenten ein Kabinettsrat zur Erörterung der am Donnerstag überreichten Note „über die Voraussetzungen für die Räumung der nördlichen Rheinlandzone" statt.

Unterredung Briands mit Botschafter v. Hoesch.

Paris 4. Juni.

Außenminister Briand hatte heute nachmittag eine Unterredung mit dem deutschen Botschafter von Hoesch, die ganz allgemein den Stand des Sicherheitsproblems und der damit zusammenhängenden Fragen zum Gegenstand hatte.

Englands Sicherheitsvorschläge.

Eine amtliche Auslassung.

TU London, 4. Juni.

Der amtliche englische Funkdienst teilt mit: Nach den letzten Pariser Meldungen ist anzunehmen, daß der abgeänderte Text der französischen Antwort auf die deutschen Sicherheitsvorschläge in den nächsten Tagen der britischen Regierung übergeben wird. Bevor nicht das französische Memorandum vom britischen Kabinett geprüft und sein Inhalt bekannt geworden ist, kann nicht gesagt werden, ob weitere Unterhandlungen mit Paris nötig sein werden. Die bisherigen Verhandlungen sind günstig verlaufen, so daß das Schriftstück vor seiner Übergabe an die deutsche Regierung die volle Billigung Großbritanniens und der übrigen Verbündeten haben dürfte. Wegen der Tendenz einiger den Ereignissen vorgreifenden Kommentare zu der neuen Fassung des Memorandums ist es notwendig, daran zu erinnern, daß die Vorschläge sich immer noch im Bereich der bisherigen Grundlagen befinden und daß die öffentliche Meinung Großbritanniens nach wie vor für die Aufrechterhaltung weiter und einfacher Richtlinien ist. Trotzdem die britischen Vorschläge einen westlichen Sicherheitsvertrag beginnigen, schwächen sie nicht die bestehenden europäischen Uebereinkommen und verhindern auch nicht die Durchführung der Klausel des Völkerbundvertrages, wonach Rechnung getragen werden muß, wie es auch Chamberlain „besonderen Bedürfnissen durch besondere Uebereinkommen" auf der Genfer Konferenz zum Ausdruck gebracht hat.

Keine Räumung Kölns vor Jahresschluß?

Köln, 4. Juni.

Der Londoner Vertreter der „Kölnischen Volkszeitung" meldet seinem Blatte: „Auch in englischen politischen Kreisen beginnt man immer mehr zu zweifeln, daß die Entwaffnungsforderungen so restlos erfüllt werden können, daß die Räumung Kölns gleichzeitig mit der Ruhrräumung im August erfolgen könnte. Man hält das Jahresende für den frühesten Termin; andere Beurteiler gehen noch darüber hinaus. Dadurch würde nicht nur die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, sondern auch der Abschluß des Sicherheitspaktes in diesem Jahre unmöglich gemacht."

Die Entschädigung bei Unglücksfällen.

Eine deutsche Erklärung auf der Arbeitskonferenz.

TU Genf, 4. Juni.

Nach der Wahl des Verwaltungsrates begann die Internationale Arbeitskonferenz mit der Prüfung des Kommissionsentwurfs der Konvention über die Entschädigung bei Unglücksfällen. Es liegen zahlreiche Zusatz- und Abänderungsanträge vor. Von der deutschen Delegation wird folgende Erklärung bekannt gegeben: „Nach Artikel neun der Konvention über die Entschädigung von Unglücksfällen soll der Verletzte eine Heilbehandlung nach Maßgabe der Landesgesetze erhalten. Die Reichsregierung findet dieses bedenklich, weil dann zum Beispiel die Armenpflege mit der Heilbehandlung eines Verletzten betraut werden könnte. Die Reichsregierung hält die Ansprüche auf die Heilbehandlung der Unfallentschädigung aufrecht. Die Heilbehandlung ist daher von dem Arbeitgeber oder dem Träger der Unfallentschädigung zu tragen. Die deutsche Regierung hat daher folgende neue Fassung des Paragraph neun beantragt: Der Verletzte hat Anspruch auf medizinische, chirurgische und pharmazeutische Hilfe. Diese Hilfe kann durch den Arbeitgeber oder durch Versicherungsgesellschaften gegen Unfall oder durch die Kassen der Versicherungsgesellschaften gegen Krankheit und Invalidität getragen werden.

— **Bahnbaukredite für Oesterreich.** Nach aus Genf vorliegenden Meldungen kann als sicher angenommen werden, daß das Finanzkomitee des Völkerbundes die Freigabe des Kreditrests in Höhe von 18 Millionen Dollar für folgendes Bauprogramm bewilligen wird: 1926 Elektrifizierung der Bahnstrecke Innsbruck—Wörgl—Kufstein, 1927 Saalfelden—Innsbruck—Brenner, 1928 Salzburg—Saalfelden.

Deutschland und die Chinawirren.

Zu der Lage in China wird von sehr gut unterrichteter Seite mitgeteilt: Die Meldungen über die Unruhen in China sind im Hinblick auf die Verschiedenartigkeit der dortigen Interessen bei den einzelnen Großmächten mit großer Vorsicht aufzunehmen, zumal aus den Meldungen nicht immer hervorgeht, welchen Interessen der Berichterstatter freiwillig oder unfreiwillig dient. Die deutschen Interessen laufen in China weder parallel mit den chinesischen Interessen noch parallel mit denen der alliierten Mächte. Entstanden sind die Unruhen aus Lohnstreitigkeiten in japanischen Baumwollspinnereien in Schanghai und Tsingtau und haben sich zuerst ausschließlich gegen Japan gerichtet. Später sind sie aber von Agitatoren zu einer allgemeinen Aufpeitschung ausgenutzt worden, und hierdurch die Straßenunruhen entstanden, in die zuerst die internationale Polizei, die aus Vertretern Englands, Frankreichs, der Vereinigten Staaten, Japans und Italiens gebildet wird, eingriff. Es sind dann Verstärkungsmannschaften von Kriegsschiffen gelandet und die freiwilligen Korps gebildet worden, wobei es zu heftigen Zusammenstößen und Schießereien kam. Deutschland war an dieser gesamten Aktion weder aktiv noch passiv beteiligt und ist erst durch die Aufrufung des Generalstreiks durch die chinesische Handelskammer von nachteiligen wirtschaftlichen Folgen bedroht worden. Die chinesische Regierung hat gegen das Vorgehen der internationalen Polizei und ihre Hilfstruppen protestiert und von den Mächten, wie gesagt, Deutschland nicht beteiligt ist, einen Schadenersatz verlangt und eine Abordnung von hohen chinesischen Würdenträgern nach Schanghai entsandt. Auf die aus diesem Anlaß an die Mächte übermittelte Protestnote haben die Mächte bisher noch nicht geantwortet. Man wird die Entwickelung der chinesischen Verhältnisse in den nächsten Wochen mit Spannung verfolgen müssen, da Deutschland durch seine besondere Position auf Grund des Friedensvertrages sowohl China wie den fremden Mächten in China gegenüber eine Stellung einnimmt, die nach allen Seiten hin die größte Vorsicht erfordert.

Verschärfung der allgemeinen Lage.

Eine russische Sympathiekundgebung!

EP London, 4. Juni.

Aus Schanghai wird eine weitere Ausdehnung des Ausstandes gemeldet. Die Zahl der Streikenden wird auf 100 000 geschätzt. Die fremdenfeindlichen Strömung hat noch zugenommen. In Peking haben die chinesischen Aufrührer in das europäische Viertel eingudringen versucht, wurden aber durch die europäische Garde daran in den Ausstand getreten. Die in Peking in englischer Sprache erscheinenden Zeitungen mußten ihr Erscheinen einstellen, weil die chinesischen Schriftsetzer in den Streik getreten sind. Nur ein Blatt erscheint noch in beschränktem Format und berichtet in seinem Artikel, daß die Lage der Ausländer in China äußerst gefährlich sei, besonders mit Rücksicht auf die Machtlosigkeit der Pekinger Regierung und infolge des Vormarsches von Tschangsolin. — Der Sowjetbotschafter in Peking hat an das Außenministerium eine Note folgenden Inhalts gerichtet: „Ich habe mit großem Bedauern von dem Tode chinesischer Studenten und Arbeiter in Schanghai Kenntnis genommen, und ich wünsche, dem chinesischen Volke im Namen der Sowjetregierung meine tiefste Sympathie auszudrücken".

Englische Truppenlandungen.

EP London, 4. Juni.

Der englische Generalkonsul in Schanghai hat die Londoner Regierung ersucht, ihm im ganzen 2000 Mann zur Verfügung zu stellen. Von den englischen Kreuzern „Diomedes" und „Carlisle" wurden bis jetzt 600 Mann ausgeschifft, 400 weitere englische Matrosen werden aus Honkong erwartet. Die englischen Marinewerkstätten in Schanghai sind durch Radio mit der englischen Flotte in den chinesischen Gewässern in ständiger Verbindung.

Beilegung des russisch-chinesischen Konflikts wegen der Ostchinesischen Bahn.

OE Moskau, 3. Juni.

Zwischen dem Generalkonsul des Sowjetstaates in Charbin Grandt und dem Kommissar des chinesischen Außenministeriums in Charbin ist ein Uebereinkommen darüber abgeschlossen worden, daß der Beschluß des Leiters der Ostchinesischen Bahn Iwanow bestehend die Entlassung des Bahnangestellten, die weder Staatsangehörige des Sowjetbundes noch Chinas sind, durchzuführen sei. Auch in bezug auf die Verfolgung der kommunistischen Presse in Charbin durch die Chinesen hat Grandt einen Erfolg zu verzeichnen, indem er durchsetzte, daß die am letzten Tage geschlossene kommunistische Zeitung in Charbin „Echo" wieder freigegeben wurde.

Australische Flottenrüstungen.

TU London, 4. Juni.

Der Oberkommissar von Australien, Sir Joseph Cook, teilt mit, daß die australische Regierung beinglischen Werften neue Kreuzer und Unterseeboote in Werte von etwa 3½ Mill. Pfund Sterling bestellt habe. Zwei Zehntausendtonnen-Kreuzer würden in Clydebank gebaut werden.

Painlevé gibt nach.

Vertagung der Wahlreform.

EP Paris, 4. Juni.

Im Ministerrat sprach Painlevé heute über die Lage in Marokko. Er teilte mit, daß gegenwärtig keine größeren militärischen Operationen im Gange seien. Briand berichtete sodann über den Stand der Sicherheitsverhandlungen und Caillaux über die Erklärungen, die er morgen vor der Finanzkommission über seine Finanzpläne abzugeben gedenke.

Nach Beendigung des Ministerrates wurde Painlevé über die Frage der Wahlreform befragt, die nach den Ereignissen der letzten Tage die Einigkeit des Kartells und damit das Kabinett am meisten bedroht. Painlevé erklärte, daß die Regierung der Vertagung dieser Frage zustimmen werde. Immerhin sei sie der Ansicht, daß diese Angelegenheit nicht länger als bis zum Jahresende verschoben werde dürfe. Nach dieser Erklärung Painlevés ist anzunehmen, daß diese gefährliche Frage endgültig auf die lange Bank geschoben werden wird.

In einer Versammlung der Präsidien der vier Kartellfraktionen wurde beschlossen, die Besprechung der Wahlreform einer Sitzung am nächsten Mittwoch vorzubehalten.

Die Kritik der Finanzpläne Caillaux'.

EP Paris, 4. Juni.

Die Präsidien der vier Kartellfraktionen haben sich heute vormittag versammelt und sich mit Budget und Finanzfragen beschäftigt. Die Finanzpläne Caillaux' wurden während der zwei Stunden dauernden Besprechung zum Teil einer scharfen Kritik unterzogen. Es wurde beschlossen, eine Abordnung zu Painlevé zu schicken, um dem Ministerpräsidenten diese Kritik bekanntzugeben. Die Abgeordneten sollen Painlevé ersuchen, Caillaux dazu zu bewegen, seine Pläne für die endgültige Sanierung der Finanzen so rasch als möglich bekanntzugeben. Insbesondere war Loucheur der Meinung, daß dieser Sanierungsplan in Angriff genommen werden solle, bevor noch das Gleichgewicht erzielt sei. Die sozialistischen Delegierten erklärten, daß die Steuerpläne Caillaux' eine Mißbilligung der bisherigen Finanzpolitik des Kartells darstellen, und daß deshalb die Finanzpläne Caillaux' im Parlament zu bedauern sei, umsomehr, als Caillaux sich vorher mit den Kartellfraktionen nicht ins Einvernehmen gesetzt habe. Der Sozialist Auriol verteidigte in längerer Rede den Plan einer Vermögensabgabe.

Die Vorschüsse der Bank von Frankreich an den Staat.

Paris, 4. Juni.

Die heute ausgegebene Bilanz der Bank von Frankreich weist eine Vermehrung der Vorschüsse der Bank von Frankreich an den Staat um 1,350 Millionen Francs im Zeitraum von acht Tagen auf.

Das Finanzministerium gibt hierzu folgende Aufklärung: Die Zentralkasse des Schatzamtes nimmt von verschiedenen Firmen, hauptsächlich von Bankhäusern, Depots für laufende Rechnung an. Die in der Zeit vom 27. Mai bis 3. Juni aus diesen Depots zurückgegangenen Summen belaufenen sich auf 670 Millionen Francs. Man sieht daraus, daß, wenn in der heutigen Bilanz die Vorschüsse eine Vermehrung um 1,350 Millionen Francs aufweisen, diese Erhöhung für mehr als die Hälfte des Betrages auf rein bankmäßige Operationen zurückzuführen ist, die durch augenblickliche Bedürfnisse privater Firmen notwendig geworden sind, die ein Depot bei der Zentralkasse des Schatzamtes für laufende Rechnung haben.

Neue Kredite für Marokko.

EP Paris, 4. Juni.

Die Regierung hat in der Kammer ein Kreditbegehren für Marokko eingebracht. Dasselbe sieht für den Juni eine Summe von 31 700 000 Franken vor und für die beiden nächsten Monate ungefähr denselben Betrag, sodaß für das Vierteljahr vom 1. Juni bis 31. August die Marokkoexpedition rund 92 Millionen Franken gekostet haben wird.

Vor der Ratifikation des deutsch-spanischen Handelsvertrages in Madrid.

TU Madrid, 4. Juni.

Wie in gut unterrichteten Kreisen verlautet, wird dem übermorgen tagenden obersten Wirtschaftsrat, neben der Beratung von Handelsabkommen mit Schweden und Belgien, auch der deutsch-spanische Handelsvertrag zur Ratifizierung vorliegen.

Der französische Arbeitsminister hat gestern eine Anordnung für die Saargruben getroffen. Die Direktion der Gruben in Saarbrücken hatte gefordert, daß die sechsstündige Arbeitszeit durch die achtstündige ersetzt werde; der Arbeitsminister habe entschieden, daß der Sechsstundentag beibehalten werden soll.

Gegen die Radikalisierung der Jugend.

Ein Erlaß des preußischen Innenministers.

Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt aus einem Runderlaß des Preußischen Ministers des Innern an alle Landes- und Ortspolizeibehörden folgendes mit:

In letzter Zeit macht sich in zunehmendem Maße das Treiben einzelner radikaler Gruppen aus den Reihen der Rechts- wie der Linksorganisationen bemerkbar, das infolge der weiteren Verschärfung der politischen Gegensätze zu erheblichen Bedenken Anlaß gibt. Diese vorwiegend jugendlichen Personen betätigen sich vielfach derart, daß sie, mit Knotenstöcken und häufig auch mit Gummiknüppeln oder andern gefährlichen Werkzeugen versehen, in kleinen Trupps lärmend und provozierend die Straßen durchziehen, Passanten belästigen, politisch Andersdenkende vielfach nicht nur in unflätiger Weise beschimpfen, sondern sogar überfallen und verletzen. Dieses Benehmen droht Umfang und Formen anzunehmen, die im Interesse der öffentlichen Sicherheit nicht geduldet werden können. Die Besorgnis von Zusammenstößen besteht jetzt in erhöhtem Maße, da in der wärmeren Jahreszeit wieder allenthalben öffentliche Veranstaltungen stattfinden. Der Minister ersucht daher alle Polizeibehörden und Organe, gegen derartige Erscheinungen mit aller Entschiedenheit vorzugehen und bei Verstößen gegen Gesetz und Ordnung mit Nachdruck einzuschreiten.

Bei dieser Gelegenheit macht der Minister darauf aufmerksam, daß von der Erteilung von Waffenscheinen an Jugendliche möglichst abzusehen sein wird; die Erteilung wird sich jedenfalls nach sorgfältiger und vorsichtiger Prüfung nur auf dringendste, vollkommen bedenkenfreie Ausnahmefälle erstrecken dürfen, in denen der Nachweis unbedingter Zuverlässigkeit gewissenhaft erbracht ist. Auch schon das Mitführen einheitlicher schwerer Knotenstöcke, zahlreicher Gummiknüppel sowie besonders von Hieb- und Stichwaffen durch Wandertrupps stellt nach den gemachten Erfahrungen unter Umständen eine Gefährdung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung dar. Gegen solche Trupps und Vereinigungen ist beim Vorliegen der Voraussetzungen des § 1 II 17 des Allgemeinen Landrechts mit allen Handhaben der Gesetze einzuschreiten und gegebenenfalls die Wegnahme und vorläufige Sicherstellung der gefährlichen Werkzeuge zu veranlassen.

*

Dieses Runderschreiben des preußischen Innenministers birgt Wahrheiten in sich. Auch vor halten die politische Radikalisierung der Jugend, das Waffentragen jugendlicher Personen und die sich daraus ergebenden Ausschüsse für eine beklagenswerte Erscheinung unserer Zeit. Es fragt sich nur, erstens wie es dazu gekommen ist, zweitens wie der Erlaß Severings gehandhabt werden wird. Es drängt sich der Verdacht auf, daß in jeder Beziehung Herr Severing in seinem Innern diejenigen Verbände meint, die nichts mit dem Roten Frontkämpferbund und dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold zu tun haben: also die rechtsstehenden Verbände, soweit sie sich vorwiegend aus Jugendlichen zusammensetzen. Es muß festgestellt werden, daß die Ausschüsse in der politischen Jugendbewegung erst zutage getreten sind, als insbesondere das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in der offenen Absicht gegründet wurde, nicht nur im politischen Meinungsaustausch, sondern auch mit physischer Gewalt dem Umsichgreifen des nationalen Gedankens in der deutschen Jugend entgegenzutreten. Als Beweis hierfür sei nur an die Rolle erinnert, die das der Partei Severings nahestehende Reichsbanner im Wahlkampf und besonders an den letzten Wahltagen gespielt hat. Die Hundertschaften des Reichsbanners haben teilweise terroristisch und ganz in dem Sinne, den der Erlaß des preußischen Innenministers mit Recht geißelt, die Straße beherrscht. Wir hoffen also, daß die Organe des Herrn Severing in dieser Einstellung den Erlaß ihres Vorgesetzten handhaben und das vorwiegend sozialdemokratische Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold bei der Ausführung des Erlasses nicht wohlwollend übersehen.

Keine Einstellung des Strafverfahren gegen den früheren Polizeipräsidenten Richter.

Wie die Telegraphen-Union an unterrichteter Stelle erfährt, ist die Nachricht eines Berliner Mittagblattes über die Einstellung des Strafverfahrens gegen den früheren Berliner Polizeipräsidenten Richter unzutreffend.